



## PRESSEMITTEILUNG ZUM 10. DEZEMBER 2014

### INTERNATIONALER TAG DER MENSCHENRECHTE 2014 UND JAHR DES BODENS 2015

#### Gemeinden und Kantone müssen sich aus der Land Grabbing- Finanzierung zurückziehen

**Zürich/Genf, DATUM** – Der heutige Tag der Menschenrechte steht dieses Jahr bei der UNO unter dem Motto «Menschenrechte 365»: Jeder Tag ist Menschenrechts-Tag, Menschenrechte gelten immer und überall, und alle sind aufgerufen, jederzeit ihren Beitrag dazu zu leisten. Kürzlich hat zudem die UN-Generalversammlung das Jahr 2015 zum Internationalen Jahr des Bodens ausgerufen. Für das Menschenrecht auf Nahrung hat der Boden offensichtlich zentrale Bedeutung, bildet er doch buchstäblich die Grund-Lage für den Anbau der Nahrung für die Menschheit. Doch der Irrwitz der modernen Zivilisation bedroht auch den Boden: Die sich massiv ausdehnende industrielle Landwirtschaft vergiftet ihn mit Pestiziden und zerstört die Biodiversität mit grossflächigen Monokulturen. Diese Bodendegradation untergräbt insbesondere die Ernährungsgrundlage der künftigen Generationen.

Den Boden eignen sich die Agrarkonzerne in Lateinamerika, Afrika, Asien und zunehmend auch Europa mit fragwürdigen Methoden bis hin zu offener Gewalt an. Die lokale Bevölkerung wird im besten Fall auf schlechtere Böden umgesiedelt, viel öfter aber einfach – zum Teil mit staatlicher Hilfe – gewaltsam vertrieben. Nach diesem «Land Grabbing», der neo-kolonialen Landnahme, bauen die Agrarkonzerne nicht etwa Grundnahrungsmittel für die lokalen Märkte an, sondern Agrotreibstoffkulturen, Futter- und Nahrungsmittel für die zahlungskräftigen Märkte - vorwiegend in den wohlhabenden Ländern.

Doch wir EinwohnerInnen der reichen Länder haben auch Möglichkeiten, diesem – eigentlich perversen – Treiben Einhalt zu gebieten: Indem wir bei unseren Pensionskassen, Versicherungen und Banken abklären, ob sie solche Agrarkonzerne mitfinanzieren, und sie zum Rückzug aus diesen Geschäften auffordern. Indem Gemeinden, Kantone und Bund ihren eigenen Pensionskassen, Versicherungen und Banken verbieten, sich an solchen Geschäften zu beteiligen. FIAN, die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung, setzt sich in vielen Ländern genau dafür ein – FIAN Schweiz wird nächstes Jahr detailliert darüber informieren, wie wir dies anpacken können. Jeder Tag ist Menschenrechts-Tag!

► zur Website von FIAN Schweiz: [www.fian-ch.org](http://www.fian-ch.org)

► weitere Informationen bei: Michael Nanz, Co-Präsident, 076 420 85 04, [michael.nanz@fian-ch.org](mailto:michael.nanz@fian-ch.org)